



Stellungnahme des Präsidiums und der Bundesgeschäftsführung zur aktuellen Flüchtlingssituation

Die Nachrichten über die Anschläge von Paris am 13. November machen uns fassungslos, traurig und wütend. Besonders trauern wir mit den Angehörigen der Opfer und rufen unsere Gemeinden zur Fürbitte auf. Darin wollen wir auch die politisch Verantwortlichen in Frankreich, in unserem Land, in ganz Europa und weltweit einschließen. Wir ahnen etwas von der Ratlosigkeit der Verantwortlichen angesichts dieses unfassbaren Terrors. Und wir wissen, welche schwerwiegenden Folgen einzelne Entscheidungen haben können.

Darüber hinaus vergessen wir nicht die Opfer extremistischer Gewalt an anderen Orten dieser Welt. So gab es einen Tag vor dem Massaker von Paris ein schweres Attentat in der libanesischen Hauptstadt Beirut. Und fortwährend kommt es in Syrien und im Irak zu grausamen Anschlägen.

Entschieden weisen wir alle Versuche zurück, aus dem schrecklichen Attentat von Paris politisch Kapital zu schlagen und die Flüchtlingsfrage damit zu vermischen. Nach aktuellem Stand der Ermittlungen handelt es sich bei den Terroristen vorwiegend um „einheimische“ Extremisten. Die Flüchtlinge, die sich auf den Weg zu uns machen, sind gerade deshalb aus ihren Ländern geflohen, weil dort im Namen des Islam Krieg geführt oder totalitäre Gewalt ausgeübt wird. Sie sehnen sich nach einem Leben in Freiheit und Frieden, wollen nicht religiös bevormundet und überwacht werden. Viele sind darum für allgemeine westliche Werte aufgeschlossen. Und viele stehen auch dem christlichen Glauben offen gegenüber.

Darum greifen Präsidium und Bundesgeschäftsführung die einstimmig verabschiedete Resolution „Christus im Fremden willkommen heißen“ des Bundesrates vom Mai noch einmal auf. Wir sind dankbar und beeindruckt, wie viele Gemeinden nicht nur den Text wahrgenommen, sondern sich aktiv in die Flüchtlingshilfe vor Ort eingebracht haben. Wir unterstreichen noch einmal, was die Resolution auf folgende Weise formuliert: *„Es ist uns geboten, allen Menschen in der Liebe Christi zu begegnen. Die nach Deutschland kommenden Menschen sind uns – unabhängig von ihrem rechtlichen Status – willkommen. Wir wollen mit ihnen teilen, was uns wichtig ist: Das befreiende Evangelium, die Gaben Gottes und auch die existenziellen Sorgen, die jeder in unterschiedlicher Weise hat.“*

Auch wenn die Hilfsbereitschaft an einigen Stellen schon zu Erschöpfungserscheinungen führt, so glauben wir doch an die Fortdauer unseres Auftrages und an die sich daraus immer wieder neu speisende Motivation und Kraft für alle engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Wir sehen in der ungebrochenen Hilfsbereitschaft unserer Gemeinden auch ein politisches Signal. Wir unterstützen die mutige Asylpolitik der Bundeskanzlerin, wie es der Präsident der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF), Ansgar Hörsting, für die VEF in einem Brief an Angela Merkel formuliert hat. Kirchen, auch der BEFG, tragen dazu bei, dass das größte und wirtschaftlich stärkste Land Europas seine Rolle als weltoffene und geschichtlich verantwortliche Nation wahrnimmt. Aber wir fordern gleichzeitig gelebte Solidarität in ganz Europa.

Wir sehen auch Fragen nach Grenzen der Belastbarkeit. Ehrenamtliche Helfer stoßen an ihre Grenzen. Sie müssen sich in ihrem Engagement nicht überfordern. Und auch andere Aufgaben der Gemeinde – im diakonischen und missionarischen Bereich, in Verkündigung und Seelsorge – müssen nicht unter dem

Einsatz für Flüchtlinge leiden. Möglicherweise muss für eine gewisse Zeit improvisiert, müssen Prioritäten neu gesetzt und der Terminkalender der Gemeinde neu gestaltet werden. Der Einsatz für Flüchtlinge sollte dabei so gut wie möglich in das normale Gemeindeleben integriert werden. Wir wollen beides ernstnehmen: die Sorge um Hilfsbedürftige und Arme, die schon lange unter uns leben, und die Sorge um die neu zugereisten Menschen in Not.

Wir nehmen auch eine wachsende Furcht vieler Mitbürger vor einer möglichen Islamisierung unserer Gesellschaft wahr. Geschürt werden solche Ängste durch fremdenfeindliche Reden – auch in einzelnen Predigten, die in E-Mails kursieren. Wir wenden uns gegen unsachliche Darstellungen, religiöse Verallgemeinerungen, aus dem Zusammenhang gerissene und deshalb irreführende theologische Aussagen sowie unverantwortliche Panikmache im Blick auf die muslimischen Flüchtlinge.

Richtig ist aber, dass die wachsende Zahl muslimischer Mitbürger auch unsere Gesellschaft verändern wird. Wir müssen uns in unseren Gemeinden auf „neue Nachbarn“ einstellen, uns auch aktiv mit der Lehre in den Moscheen unseres Landes auseinandersetzen. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an Julius Köbner, einen der Gründerväter des deutschen Baptismus, der 1848 im Manifest des freien Urchristentums schrieb: *„Aber wir behaupten nicht nur unsere religiöse Freiheit, sondern wir fordern sie für jeden Menschen, der den Boden des Vaterlandes bewohnt, wir fordern sie in völlig gleichem Maße für Alle, seien sie Christen, Juden, Muhamedaner oder was sonst.“*

Die religiöse Vielfalt in unserem Land entspricht also unserer Überzeugung von Religionsfreiheit. In dieser Vielfalt wollen wir unseren Missionsauftrag in Wort und Tat engagiert umsetzen. Gleichzeitig sind wir dankbar für gute nachbarschaftliche Beziehungen zu Menschen unterschiedlicher Religionen und ermutigen unsere Gemeinden, sich weiterhin über alle Konfessions- und Religionsgrenzen hinweg in lokalpolitischen Aktivitäten und Nachbarschaftsaktionen einzubringen.

In diesen großen Herausforderungen finden wir Trost, Hoffnung, Mut zum Dienst und Korrektur durch die Worte aus der Schrift, die uns immer wieder die Liebe Gottes zu allen Menschen vor Augen stellt. In Christus erkennen wir die Nähe Gottes zu uns allen. Er hat sein Vorrecht, wie Gott zu sein, aufgegeben, wurde Mensch unter Menschen, erniedrigt bis in den Tod am Kreuz. Diesen Weg hat Gott bestätigt und ihn zum Herren aller Herren gemacht. Christus hat uns mit Gott versöhnt und uns zu Botschaftern der Versöhnung eingesetzt. In seinem Namen, mit seinen Augen, wollen wir anderen Menschen begegnen. Und gerade auch in denen, die unseren Beistand und unsere Hilfe brauchen, wollen wir Christus selbst entdecken.

Elstal, 19. November 2015

Für das Präsidium und die Bundesgeschäftsführung

Michael Noss, Präsident

Christoph Siba, Generalsekretär